



## Beschluss des Studierendenparlaments vom 24. Januar 2013

### **Mahnen, gedenken, erinnern – für konsequente Solidarität!**

*„Die Arbeiterschaft muß durch einen vernünftigen Sozialismus aus ihrem Zustand niedrigster Sklaverei befreit werden. Das Truggebilde der autarken Wirtschaft muß in Europa verschwinden. Jedes Volk, jeder einzelne hat ein Recht auf die Güter der Welt! Freiheit der Rede, Freiheit des Bekenntnisses, Schutz des einzelnen Bürgers vor der Willkür verbrecherischer Gewaltstaaten, das sind die Grundlagen des neuen Europa. Unterstützt die Widerstandsbewegung, verbreitet die Flugblätter!“*  
Aus dem fünften Flugblatt der studentischen Widerstandsgruppe „Weißen Rose“, Januar 1943.

Am 30. Januar 2013 jährt sich die Machtübertragung an die Nazis zum achtzigsten Mal. Das Studierendenparlament bekräftigt aus diesem Anlaß:

Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg! - diese Losung orientiert uns verbindlich, für Verhältnisse einzutreten, in denen die Würde des Menschen nicht verletzt wird. Couragiertes Eingreifen für Frieden und die gleiche Freiheit von geistiger und sozialer Not für alle Menschen als solidarischer Prozeß gesellschaftlicher Entwicklung sind positive Schlussfolgerungen aus der faschistischen Barbarei, die gerade in Zeiten einer erneuten Weltwirtschaftskrise und des teilweise Erstarkens der äußersten Rechten in Europa von positiver Relevanz sind.

Die Studierendenschaft der Universität Hamburg hat die Installation der faschistischen Herrschaft in dieser Institution historisch mitzuverantworten. Es waren studentische Verbindungen und der NS-Studentenbund, die aktiv an der (Selbst-)Gleichschaltung der Universität sowie der Vertreibung, kritischer und rassistisch diskriminierter Mitglieder der Universität mitgewirkt haben und die Hamburger Bücherverbrennung organisierten.

Das Studierendenparlament erkennt daraus die Verantwortung, die für die antifaschistische Bildung aller Universitätsmitglieder zu wirken: Geschichtsbewusstsein, Erkenntnisfortschritt und Humanität bilden eine unauflösliche Einheit zur Emanzipation aus irrationalen und menschenunwürdigen Lebensbedingungen und Haltungen.

Das Studierendenparlament beauftragt in diesem Sinne seinen Ausschuss gegen Rechts für die vorlesungsfreie Zeit mit der Vorbereitung angemessener öffentlicher Veranstaltungen der Studierendenschaft anlässlich des 80. Jahrestags des Erlass des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (April), das als Grundlage der Vertreibung zahlreicher Universitätsmitglieder diente sowie anlässlich des 80. Jahrestags der Bücherverbrennung (Mai).